

Erscheint in Leipzig
 Mittwoch, Freitag, Sonntag.
 Abonnementspreis
 für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf.
 300 Quart.
 Einzel-Abonnement
 4 1/2 Pf.
 Werben bei allen deutschen Verwaltungen
 auf den 1. und 3. Monat, und auf den
 1. Monat besonders angenommen.
 Inserate
 nach Beschlüssen des Beiraths 10 Pf.
 nach Verhältnissen und Größe des
 Beiraths 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
 nehmen an alle Buchhandlungen und Postämter
 Leipzig, Dresden, Chemnitz, etc.
 Filial-Expeditoren.
 New York: Mr. Henry J. ...
 Philadelphia: ...
 Chicago: ...
 London: ...

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 77. Mittwoch, 3. Juli. 1878.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provozieren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Kravalle, um das Spiel zu gewinnen.

Die studierende Jugend und die Sozialdemokratie.

Die Thatsache, daß die Sozialdemokratie unter den Schülern der Gymnasien, sowie der technischen höheren Unterrichtsanstalten Eingang gefunden hat, ist in jüngster Zeit so oft hervorgetreten, daß in ihrer Verzweiflung der Kultusminister von Preußen so wohl, als der Handelsminister Restripte an die Provinzialschulbehörden erlassen haben, in denen sie nähere Ausschlässe verlangen, Warnungsrufe und Drohungen ausstießen.

Der gemüthlichere der beiden Herren ist der Kultusminister Hall, der das Pflügen des idealen Sinnes bei der Jugend als ein gutes Schupmittel gegen die sozialdemokratische Verführung anpreist.

Die Berliner „Volkszeitung“ aber erwidert in Bezug auf diesen Punkt, daß gerade die idealistisch angelegte Jugend am ehesten den sozialistischen Anschauungen anheimfalle, welche das Ideal der gleichen Lebensgenüsse für die Armen, die Leidenden die Entsetzten, als den Zielpunkt der Sozialdemokratie hinstellen. Diese Devisen hätten besonders für die idealistisch angelegte Jugend gewaltigen Reiz.

Solcher Gefahr zu begegnen, schlägt die „Volkszeitung“ vor, möge man in den Schulen schon constitutionelles Verfassungsleben lehren, damit man die Jugend von dem idealen Boden abdränge und auf den realen Boden praktischer Politik frühzeitig hinführe.

Wir sind auch damit einverstanden, weil wir wohl wissen, daß alle praktische Politik von der Jugend ideal ausgeht wird, weil wir wohl wissen, daß fast alle jungen Leute, die sich mit Politik befassen, radikale Politik treiben. Die Sozialdemokratie würde von dem Augenblicke an, wo man die Politik zum Lehrfache in den Schulen erhöhe, die beste Heimstätte bei der Jugend finden.

So oder so — es wird nichts geändert. Der Idealismus führt die Jugend zur Sozialdemokratie, die reale Politik gleichfalls.

Der Handelsminister von Maybach scheint übrigens eine andere Auffassung von der Sache zu haben; er giebt nicht viel auf den „idealen Sinn“ der Schüler, sondern legt sich auf die Anwendung von Nachmitteln, indem er schreibt:

„Sollten einzelne Lehrer es an dieser Wirksamkeit fehlen lassen, weil sie selbst der Sozialdemokratie zuneigen, so veranlaßt der Minister die Direktoren oder die königlichen Regierungen, ihm ohne Verzug Anzeige zu machen. Gegen die Schüler soll mit den strengsten Mitteln der Schuldisziplin eingeschritten und derselben nöthigenfalls unnachlässig aus der betreffenden Anstalt entfernt werden.“

Also Gewalt, nochmals Gewalt und nochmals Gewalt. Probatum est!

Beide Herren Minister aber verwundern sich über die „kaum erklärliche Geistesrichtung“, welche sich in den höheren Lehranstalten zeige.

Kaum erklärlich? Uns ist es allerdings erklärlich, daß die Herren Minister sich über solche Geistesrichtung wundern; dies kommt daher, weil es den Herren Ministern gerade so geht, wie fast allen unseren Gegnern, die von dem eigentlichen Wesen des Sozialismus nichts verstehen.

Verstanden sie etwas davon, so würden sie es sehr erklärlich finden, daß die noch unverdorbene Jugend unsere Ideen gut und wahr findet, daß die noch unverdorbene Jugend die verdorbenen Zustände in unserem gesammten jetzigen Gesellschaftsleben verächtlich findet, daß die noch unverdorbene Jugend sich und das Volk vor völliger Verderbung schützen möchte.

Die Herren Minister werden, wenn ihnen wahrheitsgetreu berichtet wird, ferner erfahren, daß das fortwährende Volkstropfen mit allerlei religiösem Wus, mit patriotischen Phrasen den aufgeweckteren Schülern auf die Dauer nicht zujagen kann, so daß sie gern und freudig zu einer gesunderen, frischeren Kost greifen. Sie werden unter derselben Voraussetzung erfahren, daß die sozialdemokratisch angehauchten Schüler überhaupt die tüchtigsten sind und daß bei einer unnachlässigen Entfernung solcher Elemente gerade die besten Elemente der Schule und der Wissenschaft, dem Staate und der Gesellschaft verloren gehen.

Und Alles, was wir hier über die Schüler auf den Gymnasien und den technischen höheren Lehranstalten gesagt haben, das trifft in noch erhöhterem Maße bei der auf den Universitäten studierenden Jugend zu. Hier können wir vielfach aus eigener Anschauung und zwar nicht nur in Bezug auf eine, sondern in Bezug auf mehrere Universitäten urtheilen.

Die frommgläubigen und patriotischen Studenten sind meist auch die besten Bierpatrioten; Fecht- und Ballspiel ist ihr Element und das Fachstudium zum künftigen Broderwerb ihre einzige Sorge.

Die Sozialisten aber unter den Studenten studieren. Sauferei, Schlemmerei, Diebelei und Prügelei — sind für sie nicht vorhanden. Allgemeine Bildung, allumfassende Wissenschaft sind ihre Ziele. Daneben wird meist spielend das sogenannte Brodstudium überwunden.

Und weil nun gerade die tüchtigsten Elemente unter der studierenden Jugend Sozialisten sind, deshalb werden sie bedrängt. Auf dem Altar der Reaktion wird die Wissenschaft geopfert. Dies geschieht im „Land der Dichter und Denker“ und zwar in dem drittletzten Decennium des neunzehnten Jahrhunderts!

Zur Reichstagswahl. (Aus Süddeutschland.)

Das Centralwahlcomité der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands hat allerdings schon einen Aufruf an alle Parteigenossen erlassen: in dem für den 30. Juli bevorstehenden Wahlkampf durch Agitation und Geldbeiträge voll und ganz ihre Schuldigkeit zu thun und es möchte somit als überflüssig erscheinen die in künftigen Vermögens- und Erwerbsverhältnissen befindlichen Parteigenossen noch einmal besonders hierzu aufzufordern.

Die hartbedrängte Situation der Partei — an deren schließlichem Siege das Wohl des ganzen deutschen Volkes hängt — mag es jedoch als gerechtfertigt erscheinen lassen, wenn ich gerade an diejenigen Parteigenossen, welche aus der Bourgeoisie hervorgegangen, ihre Lebensstellung innerhalb dieser haben und die sich in einer vom Glück bevorzugteren materiellen Lage befinden, die dringende Aufforderung richte, ihre Genossen im Proletariate in dem bevorstehenden schweren Entscheidungskampfe in außergewöhnlichem Maße zu unterstützen.

Unsere Partei ist im Großen und Ganzen — es ist das ja allbekannt — eine arme, und dennoch hat keine einzige der übrigen politischen Parteien eine solche Opferfreudigkeit seitens ihrer Mitglieder anzuweisen als gerade die unsere; der bevorstehende Wahlkampf aber kann nicht erfolgreich geführt werden, wenn die Parteileitung nicht über genügende Mittel zu verfügen hat, was — da die Zeiten für den Proletariate ohnehin schon harte sind — ein schweres Ding ist, wenn auch der Arbeiter und Kleinbürger, wie es ja stets geschehen, den letzten Pfennig den hohen Zwecken der Partei opfert — deshalb richte ich an alle Wohlhabenden in der Partei den dringenden Aufruf, in so außerordentlichem Maße durch möglichst umfangreiche Geldspenden — und das können auch diejenigen, die aus Rücksicht auf ihre Lebensstellung, sich nicht öffentlich der Partei angeschlossen — nach Kräften das ihrige zur Erreichung der Parteiziele beizutragen. — Meinen Beitrag zum Wahlfond habe ich bereits an Genossen A. Weiß in Hamburg abgefordert.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Aufgepaßt! Wenn das Publikum nur eine Ahnung davon hätte, wie viel gewisse Leute werth sind, die das Volk jetzt durch Anwendung jedes infamsten Mittels dazu veranlassen möchten, einen reaktionären, konservativen Reichstag zu wählen! Nach Allem, was man bis jetzt erlebt hat, halten wir es nicht für unmöglich, daß von dieser selben Seite aus noch vor den Wahlen irgend ein Coup in Scene gesetzt werden wird, um die liberalen Wähler einzuschüchtern. Kommt ein solcher Coup, von welcher Art er auch sei, dann ist das Volk wenigstens im Voraus gewarnt und weiß, daß es nun erst recht nicht reaktionär wählen darf. Also aufgepaßt! — Wer ist es, der diese sehr zeitgemäße Warnung erläßt? Ein sozialdemokratisches Blatt? Ein fortschrittliches Organ? Nein, die dreimal in der Woche gefärbte nationalliberale „Magdeburger Zeitung“! Gegen wen die Warnung sich richtet, das wissen unsere Leser, die wiederholt in ähnlichem Sinn von uns gewarnt worden sind. Herr Stieber ist an der Arbeit, das sagt Alles. Wir können bei dieser Gelegenheit auf Grund authentischer Information melden, daß sogar der deutsche Kronprinz die Thätigkeit des genannten Herrn mit Mißtrauen betrachtet, und bezüglich der Richtigkeit des Lehmann'schen Attentats Zweifel geäußert hat. Ja, wir müssen auf Alles gefaßt sein; die „gewissen Leute“ können ohne „Schießen“ ihren Zweck nicht erreichen — und, sind die Arbeiter zu klug, sich als Scheiben benutzen zu lassen, dann findet sich vielleicht — ein anderes Objekt. Vielleicht eine der „gewissen Leute“ selbst. Es braucht ja nicht — getroffen zu werden. Die „Magdeb. Ztg.“ aber, die jetzt hinter die wahre Natur des Attentat-Spektakels gekommen ist, möchten wir fragen, ob sie nun auch die Ehrlichkeit besitzt, zu gestehen, daß sie mit ihrer ganzen Partei, ein schweres Unrecht und einen schweren Fehler begangen hat, als sie, sammt ihrer ganzen Partei, ohne jeglichen Anhaltspunkt, den offenkundigen Thatsachen zuwider, lediglich aus politischen Gründen die Sozialdemokratie für die Attentate verantwortlich machte? Hat sie den Muth zu gestehen, daß sie, sammt ihrer ganzen Partei, durch Vetheiligung an der „Sozialistenhag“ ihr eigenes Parteinteresse — von Moral gar nicht zu reden — aufs Aergste geschädigt, und das Spiel der „gewissen Leute“ gespielt hat, vor denen sie nun in so emphatischer Weise zu warnen gendigt ist?

Inzwischen ist für Berlin bereits eine Maßregel dekretirt worden, die vorläufig einen weiteren „Coup“ überflüssig macht: wir meinen die Wiedereinführung des Pöhlwanges (s. die nachfolgende Notiz). Die bezügliche Verordnung ist erlassen auf Grund des § 9 des Gesetzes vom 12. Oktober 1867, welcher lautet: „Wenn die Sicherheit des Bundes oder eines einzelnen Bundesstaates, oder die öffentliche Ordnung durch innere Unruhen oder sonstige Ereignisse bedroht erscheint, kann die Pöhlpflichtigkeit überhaupt oder für einen bestimmten Bezirk, oder zu Reisen aus und nach bestimmten Staaten des Auslandes, durch Anordnung des Bundespräsidenten vorübergehend eingeführt werden.“ Da von Krieg nicht die Rede ist und nicht sein kann, so sind es also „innere Unruhen oder sonstige Ereignisse“, von denen die Erlasser der Verordnung die Hauptstadt bedroht glauben. Nun, von unserer Seite geht die „Bedrohung“ nicht aus. Wird man uns sagen, von wem man sich bedroht glaubt? Jedenfalls aber muß das durch diese Verordnung heraufbeschworene Schreckbild der ge-

heimlichvoll drohenden Gefahren das Publikum in Aufregung versetzen, und dabei finden die „gewissen Leute“ ihre Rechnung.

— Der alte deutsche Bund ist wieder auferstanden. Folgende königlich preussische Verordnung ist erlassen worden: „Bis auf weiteres ist jeder in der Stadt Berlin ankommende Fremde oder Neuanziehende verpflichtet, sich durch Paß oder Paßkarte über seine Person auszuweisen. Ueber die Ausführung dieser Bestimmungen sind von der Polizeibehörde die erforderlichen Vorschriften zu erlassen.“ Diese Verordnung scheint der Anfang zur Wiedereinführung der allgemeinen Paßpflichtigkeit und der Wanderbücher zu sein.

— Sämtliche Personen, die unter dem Verdacht, mit Nobiling das Attentat geplant zu haben, von der Polizei verhaftet worden sind, haben als unschuldig entlassen werden müssen — so melden einstimmig die Berliner Blätter. Auch Nobiling's jüngerer Bruder ist wieder in Freiheit gesetzt. Kurz: von dem ganzen Complot bleibt nichts übrig als das Complot unserer Feinde gegen die Freiheit und die Sozialdemokratie.

Bei dieser Gelegenheit sei auf Grund authentischer Information hin, erzählt, wie Nobiling zum Sozialdemokraten gemacht wurde. Als nach dem Attentat der erste Schrecken vorüber war, versuchten die herbeigerufenen Beamten bekanntlich den blutend und bewusstlos daliegenden Nobiling einem Verhör zu unterwerfen. Da dies nicht ging und dem Unglücklichen kein Wort zu entlocken war, verlegte man sich darauf, ihm Fragen zu stellen, die er — wie dem Bewußtlosen (!) laut ins Ohr gerufen ward — mit Ja oder Nein, oder mit Kopfnicken beantworten sollte. Eine der ersten Fragen war: Sie sind (nicht: Sind Sie) Sozialdemokrat? Der tödtlich Verwundete, der von der Prozedur keine Ahnung hatte, bewegte sich in diesem Moment convulsivisch und stöhnte. Dies wurde für Ja genommen und — der Telegraph blühte es in alle Welt: Nobiling ist Sozialdemokrat! Das „rothe Gespenst“ war losgelassen, die „Sauhag“ mit der Sozialistenhag als Overture konnte beginnen.

— Das tausendjährige Reich Bismard's. Wie wir das letztemal mittheilten, betrug bis Ende voriger Woche die für Majestätsbeleidigungen anlässlich der Attentate verhängten Gefängnißstrafen eine Gesammtsumme von 300 Jahren. Es stehen aber noch dreimal so viel Prozesse aus, die voraussichtlich in Summa mindestens 700 Jahre ergeben werden — Gesammtfacit: tausend Jahre Gefängniß. Wer will jetzt noch daran zweifeln, daß Bismard der Auserwählte des Herrn ist und uns das „tausendjährige“ Reich der Verheißung gebracht hat?

— Der „Sozialist“ Lothar Bucher schrieb vor 15 Jahren an das Leipziger Central-Organ — dasselbe, an welches Passalle sein „Antwortschreiben“ richtete, wörtlich wie folgt:

„Sie haben mich aufgefordert, bei der nächsten ordentlichen Zusammenkunft Ihres Vereins einen Vortrag zu halten. An ein Gedächtnis gebunden, das meine Zeit jeden Tag in Anspruch nimmt, würde ich, wenn auch mit Bedauern, abgelehnt haben, wenn nicht der von Leipzig aus angeregte Streit zwischen meinem Freunde Passalle und meinem ehemaligen Parteigenossen Schulze-Dehlich auf eine Frage geführt hätte, die mich während meines langen Aufenthalts in England viel beschäftigt hat, die Frage:

wie sich die Manchesterpartei zu dem Wesen jedes Staates und zu den Aufgaben der gegenwärtigen Staaten verhält. Da die Erscheinungen, die ich zu beobachten Gelegenheit gehabt, in Deutschland Vielen gar nicht bekannt sind, von Vielen in einem falschen Lichte gesehen werden, und da die Lehren, die aus jenen Erscheinungen zu ziehen sind, nicht nur für die Arbeiter-Verhältnisse, sondern für die Entwicklung Deutschlands in jeder Richtung von der größten Wichtigkeit sind, so würde ich die dargebotene Gelegenheit, Zeugnis abzulegen, nicht auschlagen können, ohne das Gefühl, einer Pflichtverletzung schuldig zu sein. Ich bin daher bereit, über die bezeichnete Frage zu sprechen.

Die Vorgänge in der gestern hier abgehaltenen Arbeiter-versammlung, wo man“) diejenigen, die Passalle's Argumente entwickeln wollten, mit dem Geschrei: Haut ihn! nicht zu Worte kommen ließ, und die Art und Weise, wie die so zu Stande gebrachte Abstimmung von einem Theile der hiesigen Presse verwertet wird, dieses von Berlin gegebene Beispiel, die Anwesenden zu terrorisiren und die Abwesenden zu täuschen, macht es doppelt geboten, ohne das Gefühl, einer Pflichtverletzung schuldig zu sein, meine Uebersetzung auszusprechen, daß die Lehre der Manchester-Schule:

der Staat habe nur für die persönliche Sicherheit zu sorgen und alles Andere gehen zu lassen, vor der Wissenschaft, vor der Geschichte und vor der Praxis nicht besteht.

Mit demokratischem Gruße
 Berlin, 20. April 1863.

Lothar Bucher.“

Der „demokratische Gruß“ verwandelte sich bald darauf in einen sozialdemokratischen Gruß, als Herr Lothar Bucher

*) Man“ d. h. die Freunde und Parteigenossen des Hrn. Eugen Richter, der um jene Zeit als Garnwaldbesitzer und Verwalter registriert die Berliner „Volkszeitung“, Organ der Fortschrittspartei, den ihre Partei so schwer compromittirenden Brief Bucher's mit großer Genugthuung.
 Red. d. „S.“

seine Beiträge für die Internationale Arbeiterassoziation an Johann Philipp Becker in Genf einschickte, und zwar auf Grund von Artikel 20 der Statuten der schweizerischen Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation, welcher § also lautet:

Art. 20.

„Gewährte Bestimmungsgenossen, an Orten wohnend, wo keine Sektionen bestehen, oder die dormalen noch in Stellungen sind, welche es nicht ratsam machen, öffentlich der Assoziation anzugehören, können sich beim Centralcomité oder dessen Agenten zur Aufnahme anmelden. Dieselben erhalten nach erfolgter Aufnahme, gegen Zahlung von 3 Francs, 75 Cent. oder 1 Gulden, 45 Kr. oder 1 Thaler preuß. ein Centralmitgliedsdiplom und haben die Zahlung des genannten Betrags alljährlich zu erneuern, wogegen sie eine gedruckte Quittung erhalten, die sie ihrem Aufnahmsdiplom, zum Beweise ihrer fortwährenden Mitgliedschaft beizufügen haben. Sie erhalten das Centralorgan (d. h. den „Vorboten“) frei und verpflichten sich durch Wort und Schrift, Rath und That die Grundsätze der Internationalen Arbeiterassoziation zu verteidigen und in allen Richtungen zu fördern zu helfen.“

Wie die Quittungen des „Vorboten“ ausweisen, ist Herr Lothar Bucher seinen Verpflichtungen gegen die Internationale mit muster-giltiger Pünktlichkeit nachgekommen.

— Ein Bourgeois, dem die Furcht wenigstens nicht allen Verstand genommen hat, schreibt der „Vossischen Zeitung“ aus Lübeck:

„Wie sehr Diejenigen Recht hatten, welche davor warnten, durch zu weit gehende Maßregeln jedes öffentliche und dadurch trotz aller unbestrittenen Gemeinwohltheil immerhin kontrollierbares Parteileben in der Sozialdemokratie zu unterdrücken und dadurch diese jede Partei zu unkontrollierbarer geheimer Thätigkeit zu zwingen, das zeigt sich schon jetzt allenthalben. In demselben Maße, in welchem sich in Folge der behördlichen Verbote im ganzen Reiche die Vereins- und Volksversammlungen vermindert haben, genau in demselben Maße hat sich die Beweglichkeit und Thätigkeit in jener Partei vermehrt; das wird Jeder bestätigen müssen, der mit dem Lager der Sozialdemokraten einigermaßen Fühlung hat. Die Sozialdemokraten zeigen sich freilich nicht mehr so öffentlich, als „Genossen“, rekonstruieren und dramatisieren nicht mehr so von den Nebenbuhlern aus; sie schließen sich vielmehr mehr und mehr von den Nichtsozialisten ab und sind diesen gegenüber in politisch sehr zurückhaltend und misstrauisch. Dafür aber agitieren und wühlen sie unter sich und in der reinen Arbeiterbevölkerung, in Werkstätten, Fabriken u. s. w., besonders aber in den sogenannten Parteirestaurationen, in Biergärten &c. desto eifriger. Und hier ist die Behörde machtlos, während sie früher in den öffentlichen Versammlungen sich über die Ziele und Absichten der Leute leicht informieren konnte. Dasselbe war der Fall mit den Congressen der Sozialdemokratie, die man aber für dieses Jahr ebenfalls unpolitisch Weise verbot. Verschiedene Zeitungen haben sich viel darum gestritten, wo dieser Congress nun geheim abgehalten werde und sind dabei auf London, Brüssel, ja sogar auf ein von Hamburg auslaufendes und in den englischen Gewässern Helgolands ankommendes Schiff verfallen. Ich glaube, der Streit, wo dieser Congress stattfinden wird, ist ein sehr unnützer, und zwar glaube ich das deswegen, weil ich der festen Ueberzeugung bin, daß derselbe bereits stattgefunden hat. Einem mir aus Breslau zugegangenen Brief entnehme ich, daß dort in sonst gut unterrichteten Kreisen die Nachricht verbreitet ist, genannter Congress habe im Laufe der vergangenen Woche in Leipzig getagt, und seien auf demselben Delegirte aus allen Wahlkreisen des Reiches, in denen die Sozialdemokratie vertreten, außerdem aber der gesammte Hamburger Parteivorstand anwesend gewesen. Ob sich nun die Sache, wie gemeldet verhält, oder ob die Herren Agitatoren auf Kosten ihrer Wähler irgendwo anders zusammen gewesen — die Sache und die aus ihr zu ziehende Lehre bleibt sich völlig gleich. Soviel steht fest: Während früher die Behörde in der Lage war, durch Ueberwachung solcher Versammlungen die beabsichtigten Schritte schon im Voraus kennen zu lernen und so bei Zeiten die nöthigen Maßregeln gegen sie zu ergreifen,

erfährt jetzt weder sie, noch sonst Jemand etwas von dem Beschlossenen, bis es uns als nicht mehr rückgängig zu machende That entgegentritt. Welcher von beiden Zuständen ist aber der für die Sicherheit des Staates und die bürgerliche Freiheit günstigere? Man möge sich also wohl bedenken, ehe man auf dem betretenen Pfade weitererschreitet. In Bezug auf die jetzige gefährliche, aber darum jedenfalls nicht weniger gefährliche Thätigkeit der Sozialdemokratie kann ich auch aus unserer Stadt etwas mittheilen. Man hat verschiedentlich bemerkt, wie in den letzten Tagen der letzten Woche sich eine Anzahl hervorragender Sozialisten hier ein Rendezvous gegeben haben, es wurden Geiß aus Hamburg, Nebel und Hasenclever aus Leipzig, Vollmar aus Dresden, Auer aus Berlin und noch einige unbekannte Herren bemerkt. Sie alle nebst unsern einheimischen Sozialistenführern und deren Anhang thaten der Polizei aber keineswegs die Liebe, sich insgeheim zu versammeln, so daß man die Gesellschaft mit vollem Recht hätte aufheben und verantwortlich machen können. O nein, die routinirten Parteimänner sagten sich vielmehr, daß sie nirgend sicherer sein würden, als in der öffentlichen Öffentlichkeit und verkehrten deshalb nur in vielbesuchten Restaurationsgärten, besonders in dem Tivoliestablishment, gerade als ob es sich um ein Vergnügen handle. Daß es außer diesen öffentlichen auch nicht an geheimen Versammlungen gefehlt haben wird, daran ist wohl nicht zu zweifeln.“

Sicherlich nicht. Da der Herr Correspondent so lebhaft Propaganda für uns macht, wollen wir ihm zum Dank auch ein paar „Geheimnisse“ verrathen. Der „Congress“ hat allerdings stattgefunden, jedoch nicht in, sondern bei Leipzig, auf jenem romantischen, zu einem modernen Kalki, wie geschaffenen Waldstück, der nach dem ruhmreichen Leipziger Polizeidirektor und Staatsretter den Namen „Rübers-Rube“ trägt. Was ferner die „unbekannten Herren“ von Lübeck betrifft, so sind drei derselben doch wohl nicht so ganz unbekannt, wie der Herr Correspondent uns zugeben wird, wenn wir ihm die Namen nennen: Engels, Vissagoray und Marg; unter den „Herren“ befindet (oder befand) — denn sie sind inzwischen wieder abgereist — sich die ebenfalls nicht ganz unbekannt Bjera Saffulitsch, die glücklich aus Rußland entkommen ist und jetzt in England der continentalen Polizei ein Schnippchen schlägt.

Wünscht der Herr Correspondent in weitere Geheimnisse eingeweiht zu werden, so braucht er's nur zu sagen, und wir stehen zu Diensten. Die erzwungene Geheimthuererei geht uns wider die Natur und wir machen uns gern Luft.

— Wie's gemacht wird. In der „Vossischen Zeitung“ lesen wir: „Als ein neuer Beweis, in welcher Weise gegenwärtig auf sozialdemokratische Agitatoren gesahndet wird, kann eine Regierungs-Präsidential-Verfügung gelten, wodurch ein Maurer Trillhose aus Heppens den Behörden bezeichnet wird, welcher nach den angestellten Ermittlungen, als Agitator, im Solde des allgemeinen deutschen Arbeitervereins (!) steht, welcher in Hamburg seinen Sitz hat, für den preussischen Staat aber geschlossen ist. Derselbe befindet sich zu Agitationszwecken fortwährend auf Reisen“, ist vor Kurzem in Frankfurt a. d. O. gewesen und hat dort „viel mit den Führern der Sozialdemokratie, die von seinem Entreffen vorher unterrichtet waren, verkehrt“, auch mehrere Exemplare des Vereinsblattes des gleichfalls in Preußen geschlossenen Hamburger Maurer- und Steinhauer-Bundes vertheilt. Da es wahrscheinlich ist, daß der Trillhose auch andere Orte auf seinen Agitationsreisen besuchen wird, so soll auf denselben aufmerksam gemacht und die Behörden sollen veranlaßt werden, dem verderblichen Wirken desselben mit allen gesetzlichen Mitteln auf das Energischste entgegenzutreten.“ — Was dieses „Entgegenzutreten“ mit allen gesetzlichen Mitteln“ bedeutet, das wissen wir. Als charakteristisch sei erwähnt, daß das Berliner Fortschrittorgan auch nicht ein Wort des Tadels für dieses unerhörte Verfahren hat, und es wie etwas Selbstverständliches, ohne Commentar hinnimmt. Außerdem giebt es keinen „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ mehr, der „in Hamburg seinen Sitz hat und für Preußen geschlossen ist“. Die Regierungs-Präsidential-Verordnung beruht also auf falscher Voraussetzung und zeigt von einer in diesen hohen

Regionen schwer begreiflichen und noch schwerer verzeihlichen Unkenntniß landkundiger Thatfachen.

— Sehr kurzes Gedächtniß. Die „Magdeb. Zeitung“ bringt in ihrer Nummer 294 einen Artikel: „Die Bewegung gegen die Sozialdemokratie und ihre Tadler“, der nach Styl und Inhalt zu urtheilen, der Victor Böhmert'schen „Sozial-Correspondenz“ entnommen ist. Der unverschämte Schluß des Artikels lautet, indem er sich gegen den Tadler der brutalen Verfolgungsweise wendet:

„Was wir verhindern wollen, das ist die Weise, wie einzelne, bald ganz aus dem Zusammenhange gerissene, bald vollständig verdrehte Sätze abstrakter oder gar utopischer Systeme benützt werden, um in der urtheilsloosen Menge einen Samen auszustreuen, der auf die eine oder die andere Weise verbrecherische Ausschreitungen hervorbringen muß. Der wirksamste Standort zur Ausbreitung dieser Saat ist die Tribüne des Reichstages. Darum fort mit den Sozialdemokraten aus dem Reichstage! Möge sich Niemand beirren lassen durch die Drohe, daß es gefährlich sei, den „reformatorischen Ideen“ das Wort zu entziehen! Was die Sozialdemokraten im Reichstage oder vielmehr vom Reichstage aus betreiben, ist nicht die Verkündung reformatorischer Ideen, sondern die nackte Aufwiegelung. Dazu aber soll das deutsche Parlament nicht länger mißbraucht werden!“

Um so unverschämter ist dies Geschreibsel, als noch im April vorigen Jahres die „Magdeburger Zeitung“ auch nach einem Artikel der „Sozial-Correspondenz“ Folgendes geschrieben:

„Unter den verschiedenen Anträgen auf Revision der Gewerbeordnung hat auch der von der sozialdemokratischen Partei ausgearbeitete Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes trotz mehrerer sehr anfechtbarer Forderungen entschiedene Beachtung und keine ungünstige Aufnahme gefunden. Man erkläre einen politischen Fortschritt darin, daß sich die Sozialdemokratie genöthigt sieht, die unfruchtbare Verneinung alles Bestehenden mit selbstthätiger Theilnahme an der Gesetzgebungsarbeit zu vertauschen und mit ihren Weltverbesserungsplänen hervorzutreten. Sobald man sich mit einzelnen politischen Fragen praktisch beschäftigt, pflegt man auch den harten Thatfachen des Lebens näher zu treten und die Grenzen der Ausführbarkeit deutlicher zu erkennen. Das Unerreichbare wird leichter ausgeschieden, und diejenigen, welche an der Verbesserung der sozialen Zustände aufrichtig arbeiten wollen, trennen sich von denen, die nur im Tadeln ihre Aufgabe suchen.“

Hier haben wir also genau das Gegentheil von dem oben Gesagten. Man sieht, daß die Sozialdemokratie es mit ebenso schwachsinigen als unverschämten Gegnern zu thun hat.

— In Kalisch (russisch Polen) wurde vor einigen Tagen eine „Judenhag“ abgehalten, bei der etwa ein Duzend Menschen um's Leben kamen. Wir möchten die „Frankfurter Zeitung“ fragen, was die Kalischer Juden verschuldet haben? Denn sie wird uns zugeben, daß wenn eine Sozialistenhag nicht möglich ist ohne Verschulden der Sozialisten (was sie mit mehr — Vorsicht als Ritterlichkeit und Logik soeben in einigen recht taktvoll schulmeisternden Artikeln ausgeführt hat), dasselbe auch von einer Judenhag gelten muß. Wir sind allerdings anderer Ansicht, und glauben, daß die „gewissen Leute“, vor denen die „Magdeburger Zeitung“ jetzt so heillose Angst hat, gerade so gut wie die Sozialistenhag, auch jeden Tag eine „Judenhag“, eine „Liberalehag“, ja eine allgemeine „Bourgeoisahag“, kurz eine „Hag“ gegen jede Partei, und jede Klasse, die nicht im faktischen Besitz der Staatsgewalt ist, inscenieren könnte.

— Vom Kriegsschauplatz. In Kleinschöcher (Königreich Sachsen) fand vor einigen Wochen das Begräbniß eines Parteigenossen statt, bei welchem die Leidtragenden sich mit roten Schleifen geschmückt hatten. Dreizehn Parteigenossen sind dieserhalb, weil sie republikanische Abzeichen getragen haben, mit Haftstrafen belegt worden. Was sagt Herr Lasker nun dazu? Ist ihm die sächsische Polizei, sind ihm die sächsischen Richter noch nicht streng genug? — Unser Genosse Kuhl

Gegen die Denunzianten!

(Aus dem Kladderadatsch 1849.)

Wem noch ein Herz im Busen lebt,
Das sich empört bei Hochgerichten,
Wem zitternd noch die Seele bebt,
Wenn sich des Henker's Hand erhebt,
Ein Menschenleben zu vernichten —
Der schaare sich und wahre sich
Ge'n unfres Volkes Schimpf und Schande!
Der wahre sich und schwöre sich:
Vernichtung dieser Henkerbande!

Wem noch ein Herz im Busen bebt
Für Menschenliebe — für ein Hoffen:
Daß sich das Volk zu dem erhebt,
Was seine Edelsten erstrebt,
Der trete zu uns frei und offen:
Was alle Völker aller Zeit
Dem Bruderworte gleich erkannten,
Laßt richten und vernichten uns:
Zum Teufel mit den Denunzianten!

— Zur Sozialistenhege. Die „Berliner Freie Presse“ erhält folgende Zuschrift: Nachdem ich 5½ Jahr zur Zufriedenheit meiner sämtlichen Vorgesetzten auf der königlichen Ostbahn gearbeitet habe, wurde ich am 22. d. M. plötzlich entlassen. Auf dem Abgangszugniß war als Grund meiner Entlassung angegeben, „hervorragende Betheiligung an sozialdemokratischen Bredeln!“ Meine „hervorragende Betheiligung“ war die, daß ich bei Unterhaltungen, wie sie hoch in den Werkstätten, wo Kollegen neben einander arbeiten, üblich sind, und wo mitunter ganz sonderbare Ansichten auch über die Sozialdemokratie zu Tage gefördert wurden, daß ich da Zerschütern in aller Ruhe entgegentrat und sie zu berichtigen suchte. Ich habe das als ehrlicher Mann für meine Pflicht gehalten. Dann habe ich bei den vorigen Wahlen in meiner freien Zeit Flugblätter verbreiten helfen und am Wahltag selbst Stimmzettel mit ausgegeben, auch ab und zu öffentliche Versammlungen besucht und die „Berliner Freie Presse“ gelesen. Das ist das „Verbrechen“, wegen dessen man einen Arbeiter heut zu Tage vor die Thüre setzt, wenn sich auch sonst nicht das Geringste gegen ihn vorbringen läßt! Der Vorgesetzte der betreffenden Werkstätte forderte mich noch eine Stunde vor meiner Entlassung auf: „ich solle mich von dieser Sache abwenden, solle meine Meinung ändern, da er mich nicht gerne entlassen wolle, sondern mich sogar achten

müsse, meines Charakters wegen. Ich erklärte ihm offen und frei, daß ich durchaus nicht so charakterlos sein könne, auf Wunsch eine Ueberzeugung abzulegen, wie einen Rock und wenn ich wirklich die gewünschte Erklärung abgäbe, so wäre ich dadurch zum Heuchler geworden. Das mochte ich nicht und so erfolgte denn meine Entlassung. Gleichzeitig wurden mir dadurch alle meine Rechte, die ich an die dort bestehende Kranken- und Sterbekasse durch meine monatlichen Beiträge (a M. 1,20) erworben hatte, rückstandslos genommen; das sind die Freiheiten eines Arbeiters in unserer heutigen Gesellschaft.

R. B. Sattler und Tapezierer.
Wir haben diesen schlichten Worten eines Arbeiters, so sagt unser Berliner Parteiorgan, nichts hinzuzufügen. Solche Vorkommnisse zeigen mehr wie ganze geschriebene Bände das Elend unserer Zustände und mehr wie je muß in jedes ehrlichen Mannes Brust die Ueberzeugung sich festigen, daß Zustände, welche solches Unrecht möglich machen, beseitigt werden müssen. — Auf Eines sei hier doch noch aufmerksam gemacht. Seit 5½ Jahren hat die Krankenkasse der königlichen Ostbahn die Beiträge des Gemäßregelten einliefert, von dem Tage, wo der Mann seiner Ehrenhaftigkeit wegen auf die Straße gesetzt worden ist, hat er seine Ansprüche an die Krankenkasse verloren. Wie nun, wenn der Mann heute oder morgen krank wird, wer muß dann für seinen Unterhalt sorgen? Wer anders als die Gemeinde, also der steuerzahlende Bürger. — Eine famose Gelegenheit jetzt für den Staat sowohl, als wie für die Bourgeoisie sich der alten, ausgenühten Arbeiter zu entledigen und so die eigenen Krankenkassen zu ent-, die Armenkassen der Gemeinden aber zu belasten.

— Anständig. Die Unruhige „Bande“ ist übertrumpft. Die spezifisch „anständige“, „kölnische Zeitung“ nennt unsere Partei „eine Kotte, deren blutrotte Lehre Neuchelmörder gezogen haben“. Wir sind begierig, zu erfahren, welches Epitheton die brave „Kölnerin“ für die „gewissen Leute“ hat, denen die Magdeburger Partei- und Bestimmungsgenossen der „kölnischen Zeitung“ den Gebrauch der „infamsten Mittel“ nachsagt und zutraut?

— Zur Statistik des Verbrechens. Nach einer Statistik der preussischen Justizämter besaßen von 23,599 Gefangenen höhere Bildung: 247; vollständige Elementarbildung: 5227; mangelhafte Bildung: 12,740; 2593 konnten nur lesen, und ohne alle Schulbildung waren 3592. Drei Viertel aller Gefangenen waren also ohne alle Schulbildung oder besaßen doch nur mangelhafte Schulbildung.

Da die sozialdemokratischen Arbeiter durchweg eine verhältnismäßige gute Schulbildung besitzen und außerdem ein ausge-

prägtes Rechtsbewußtsein haben, so findet man nur sehr selten einen Sozialdemokraten im Zuchthause. Und da sollen die Sozialdemokraten die guten Sitten zerstören?!

— Die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes zu Berlin gegen Hölbel wegen des Mordversuches gegen den Kaiser finden bekanntlich am 10. und 11. Juli öffentlich statt. Der Zuschauertraum des Sitzungssaales saß im Ganzen etwa 100 Personen, und soviel Personen werden auch Einlaß erhalten. Der Botenmeister beim Kammergericht ist angewiesen, bei der Vertheilung der Einlaßkarten, welche erst kurz vor der Eröffnung der Sitzung erfolgen soll, die Zeitungsberichterstatter besonders zu berücksichtigen.

— Zwei neue Attentate. „Gegen den Herzog zu Sagan ist zu Sagan ein gräßlicher Mordanschlag verübt worden“ — so lautete die Sensationsnachricht in den Standalzeitungen. Das Thatächliche ist folgendes: Am letzten Sonntag Nachmittag drang der Hausbesitzer S. in das herzogliche Schloß ein und gab auf Befragen nach seinem Begehren an, er müsse sofort den Herzog sprechen. Als ihm bedeutet wurde, daß dies nicht so ohne Weiteres angehe und er zum Verlassen des Schloßes aufgefordert wurde, setzte er der Dienerschaft Widerstand entgegen und zog schließlich eine Schußwaffe hervor, mit der er die Dienerschaft bedrohte. Bei der bald bewirkten polizeilichen Verhaftung stellte sich heraus, daß die Waffe gar nicht geladen war, der ungefährliche Attentäter aber sehr stark „geladen“ hatte.

Der „Frank. Kurier“ schreibt vom 23. Juni: „Heute gegen Mitternacht wurde, während der Veteranen- und Kampfgenoßen-Verein im Gasthaus zum „Eggbrätlein“ in Nürnberg versammelt war, in das Lokal desselben von einem Nachbarhause aus durch das Fenster aus einer Windbüchse ein scharfer Schuß abgefeuert, der glücklicherweise Niemand verletzte, obwohl gegen 30 Schrote im Zimmer aufgeflogen wurden. Polizeiliche Anzeige ist erstattet, der Thäter aber bis jetzt noch nicht ermittelt.“ — Es hat sich darauf herausgestellt, daß der „Attentäter“ kein Beringerter ist, als Herr Appellrath Müller, der übrigens nicht geschossen, sondern lediglich eine Hand voll Schrotkörner durch das offene Fenster unter die Gesellschaft warf, um bemerklich zu machen, daß er Ruhe zu haben wünsche. Hochförmlich ist, daß der Herr Appellrath die Störer seines Schlafes für Sozialdemokraten, die erschreckten Kampfgenoßen aber den Attentäter für einen Sozialdemokraten hielten! Die Nürnberger Ordnungsblätter beizien sich nun natürlich, den ganzen Vorfall für einen harmlosen Scherz zu erklären. Was wäre wohl geschehen, wenn ein Sozialdemokrat der „Scherzmacher“ gewesen wäre?

ist in Dortmund zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt worden wegen Privatbeleidigung einiger politischen Gegner!!! Nun, Herr von Bennigsen, sind Sie zufrieden? — Am 29. Juni wurde in Chemnitz in der Expedition der „Chemnitzer Freien Presse“ der noch geringe Rest von Regel's „Freie Vieder“ confiscirt und Regel selbst verhaftet. — Genosse Bollmar wurde am 25. Juni in Lübeck, wo er sich zum Besuche seiner erkrankten Frau aufhielt, auf Requisition des Dresdener Bezirksgerichts verhaftet. Derselbe hat bekanntlich eine 10monatliche Gefängnisstrafe abzumachen. — Der Einjährig-Freiwillige K. vom zweiten Garderegiment zu Berlin, der früher öfter im Nordklub verkehrte, ist nach 15tägiger Untersuchung wieder entlassen worden. — Der Redakteur der „Süddeutschen Volkszeitung“, Genosse Degehhardt, ist in Stuttgart wegen einer ihm zugefandten Correspondenz verhaftet worden.

— **Londoner Tombola.** Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat, nachdem sie in der Londoner Liste keine Mordwaffen, sondern sehr harmlose Gegenstände entdeckt, nun eine Untersuchung wegen verbotenen Lotteriespiels gegen Geib und Genossen (Derooff ic.) eingeleitet. Jedenfalls wird event. Anklage nur gegen Geib erhoben, da dieser allein mit dem Vertriebe der Loose sich befaßt hatte. Allem Anscheine nach will man aber auch den Loosnehmern außerhalb an den Stragen, wie die Hausfuchungen in Elmshorn, Barmen ic. beweisen. Da die Gewinngegenstände jedenfalls beschlagnahmt bleiben, so hat die Aufwahrung der Verzeichnisse und Loose doch keinen Zweck, wonach sich jeder Loosinhaber richten möge.

Correspondenzen.

Büsch, 29. Juni. Ueber die am 24. Juni gehaltene Versammlung ist die gesammte liberale Presse in einer Weise hergefallen, daß wir uns genöthigt sehen etwas ausführlicher deren Verlauf zu schildern. Seidel referirte. Ausgehend von der landläufigen Phrase, daß man unser Zeitalter das der Humanität nennt, wies er nach, daß wir in einem Zeitalter der Barbarei leben. 72% der Einnahmen aller europäischen Staaten werde für Militär, Höfe und Staatsschulden ausgegeben und nur 28% für Schule, Gewerbe und Handel. Der Krieg ist eine Wissenschaft, das Todtschlagen ein Gewerbe geworden!

Darauf geißelt Redner die schamlose Haltung des deutschen Bürgerthums, das seinen Rücken krümmt und um Peitschenhiebe fleht, weil unter 40 Millionen Menschen es zwei gibt, die auf den Kaiser schießen. Wieder wie bei Hödel macht man die Sozialdemokratie auch für die wahnsinnige That Nobilings verantwortlich. Die Sozialdemokratie ist der Bräutigam der modernen Gesellschaft. Attentate hat es aber seit Jahrhunderten schon gegeben, während die Sozialdemokratie erst 15 Jahre existirt. Das Attentat kann, vom politischen Gesichtspunkte aus betrachtet, nur einer Partei, der konföderativen, nützen, den Sozialisten aber nur schaden. Letztere stellen den Grundlag auf, daß unsere Zustände Resultate der geschichtlichen Entwicklung sind und also nur von innen heraus verbessert werden können. Die Sozialdemokratie tritt ein für Abschaffung der Todesstrafe, befreit also der Gesellschaft das Recht zum Morde, wie könnte sie also auch nur im Entferntesten einem Einzelnen das Recht zugestehen, sich am Leben seines Nebenmenschen zu vergreifen? Nachdem der Redner noch weiter ausführlich die intellektuelle Urheberschaft des Nobiling'schen Attentats von der Sozialdemokratie zurückgewiesen und insbesondere hervorgehoben hat, wie unvernünftig es ist, zu glauben, eine unethische Idee könne im Volke Anhang gewinnen, daß es einen Fortschritt geben könne ohne Sittlichkeit, geht er näher auf die Entstehungsurachen des Attentats Nobiling ein. Uebergehend zu der dem Attentat gefolgten Reaktion in Deutschland meint der Redner es könne keinem Zweifel unterliegen, daß Bismarck vormalige Zustände, eine Junkerherrschaft will und das deutsche Bürgerthum zeigt sich geneigt, Ausnahmegeetze zu votiren und habe auf den hingehaltenen Köder, das rothe Geipenst, bereits angebissen. Die Reaction ist im besten Zuge. Redner wurden verhaftet, Versammlungen aufgelöst, Majestätsbeleidigungsklagen anhängig gemacht. Bis zum 15. Juni sind schon 180 Jahre Gefängnisstrafe deshalb verhängt worden. (Bis Ende Juni sind circa 400 Jahre Gefängnisstrafe, aus Anlaß der Attentate begangenen Majestätsbeleidigungen verhängt worden.)

Schließlich präcisirt der Redner noch den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Wahlen, zeigt, wie man gern einen Aufstand provoziren möchte, um das Volk niederartfalschen zu können, daß aber die Sozialdemokratie, Dank ihrer Organisation und Disziplin, durch ihre eiserne Ruhe diesen schändlichen Plan vereiteln werde und daß es daher doppelte Aufgabe aller freiethlich gesinnten Männer sei, dieselbe materiell und moralisch zu unterstützen durch Entnehmen der angefertigten Quittungen von 25 Rp. für den Wahlfond der Sozialdemokratie.

Mögen sich aber, so schloß der Redner unter lebhaftem Beifall, besonders die Arbeiter ihrer großen geschichtlichen Aufgabe bewußt sein und sich ihrer würdig zeigen, indem sie der guten Sache ihr Opfer bringen. Ohne Kampf kein Sieg!

An der Debatte theilnahmen sich Dreyer und Greulich, die die Ausführungen des Referenten unterstützten und Robert Keff, der in der verworrensten und confusen Weise die deutsche Sozialdemokratie schmähte. Wie wenig seine Schmähungen fruchteten, zeigte die Abstimmung über folgende Resolution, die mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde.

„Die heutige Versammlung erklärt ihren Abscheu vor der in Deutschland wüthenden Reaction namentlich vor den unerhörten Verfolgungen und spricht die Ueberzeugung aus, daß die deutsche Sozialdemokratie gegenüber dem herrschenden Lärmel Ruhe und Schonheit bewahren wird. Die Ernüchterung von diesem Räusche wird bald folgen und dann kommen durch die Logik der Thatfachen die sozialdemokratischen Bestrebungen erst recht zur Anerkennung.“

Die Versammlung hat gezeigt, daß die arbeitende Bevölkerung Jürics nicht vom Vandalismus befallen ist, sondern ihre Stellung gegenüber den politischen Vorgängen in ihrem Vaterlande begriffen hat.

Prag, 28. Juni. In Bezug darauf, daß Ihr sehr eifrig gelestes Blatt alle Länder durchkreuzt und mir auf diese Weise Gelegenheit geboten wird, weitere Kreise der Sozialdemokratie von unseren Verhältnissen in Kenntniß zu setzen, erlaube ich mir einige Zeilen in Ihrem Blatte für unsere Interessen einzunehmen. Die böhmische, sozialdemokratische Partei in Oesterreich besitzt heutzutage drei Organe, welche sämmtlich in Prag erscheinen und von denen das Centralorgan „Budoucnost“ (Zukunft), die „Delnická Listy“ (Arbeiterzeitung) zweimal und die Agitationschrift „Organisace“ einmal monatlich herausgegeben wird. Daß die Zahl unserer Parteigenossen trotz Verfolgung seitens unserer Gegner fortwährend im Wachsen begriffen ist, davon zeugt am besten die Abonnentenzahl, die von Tag zu Tag wächst. Als ein großes Hinderniß in der Entfaltung unse-

rer Agitation — ich muß dies offen gestehen — ist der jetzt sich zu Ende neigende „heilige“ Räuberkrieg Rußlands gegen die Türkei anzusehen, denn die bourgeoisierte Tagespresse, welche dem Czaren das epitheton ornans „Osvoboditel“ (Erlöser, Befreier) beigelegt hat, auf die fabelhafteste Weise ihn zu verherrlichen sucht und das Volk vor ihm wie vor einem Götzen das Knie zu beugen zwingt, wirkt durch das tägliche „volks-erlösende“ Geschrei auf die Massen so demoralisirend, daß es dann Keinen wundern kann, wenn man hört und liest, das böhmische Volk sei für den „Erlöser“ fanatisirter, als selbst die Türken für ihren Allah.

Wie kommt es aber, fragt sich's, daß solche Blätter, trotzdem sie von der Schandwirthschaft in Rußland, von Trepow, Murawiew, welche der Czar belohnt und reichlich besichert, täglich zu hören Gelegenheit haben, — wie kommt es, frage ich noch einmal, daß die sauberen Blätter für einen Czaren, der seine tüchtigsten Landsleute, wie Tschernishevski u. A., in den Bergen des unfreundlichen und Tod herbeiführenden Sibiriens schmachten läßt, zu agitiren sich erdrechen? Das hat einst zur Genüge ein polnisches Blatt aufgeklärt, indem es offen aufgezählt hat, welche Blätter unserer Nationalen und wie hohe Subvention sie von der russischen und serbischen Regierung gnädigst angenommen haben, um das Volk bei uns für „erlöserische Thaten“ eines Alexander oder Milan aufzuregen und zu fanatisiren. Dazu muß ich noch beifügen, daß sich kein einziges Blatt von diesen ausgerafft hat, um das zu widerlegen. Also qui tacet, consentire videtur.

Diese Schandpolitik zu bekämpfen und über den Haufen zu werfen, ist unsere Aufgabe, der wir durch Wort und That nachzukommen trachten. Daß jene Freiheit, mit welcher Bismarck das geeinigte Deutschland zu beglücken beabsichtigt, bei uns schon seit Jahren „auf den Bergen wohnt“, muß ich nicht erst hier erwähnen; unsere Versammlungsrecht- und Pressegesetzes-Ausübung ist ja weltberühmt, dafür nur einige Belege. Zur Schilderung dieser „goldenen Freiheit“ will ich mich nur einiger Beispiele bedienen, die insbesondere die Herren Gesellschaftsordner Andraffy und Comp. charakterisiren, und darauf sollte sich Graf A. auch ein Patent nehmen, denn Niemand übertrifft ihn darin, davon bin ich fest überzeugt. Unsere hier erscheinenden Blätter tragen auf jeder Nummer die unsere Pressefreiheit charakterisirende Aufschrift: „Nach der Confiscation zweite Auflage“, und das Centralorgan „Budoucnost“ ist heuer, nachdem es 12 Mal erschienen ist, 13 Mal behördlich confiscirt worden.

Daß das Versammlungsrecht schon längst aus dem Codex Francisci I. gestrichen ist, glaube ich mit nachstehendem Beispiel zu bekräftigen. In der letzten Zeit haben unsere Parteigenossen in Stadt und Land Volksversammlungen einberufen, deren Zweck die Besprechung des „allgemeinen, direkten Wahlrechtes“ sein sollte. Alle Versammlungen aber wurden auf Grund des kaiserkautartigen § 6 des Versammlungsgesetzes verboten. Die Einberufer haben sich überall widersetzt.

In Bränn sollte zu Pfingsten ein Congress der mährisch-schlesischen Arbeiter abgehalten werden, aber auch dieser löbte die Ruhe der Andraffy'schen Compagnons und wurde deswegen auch verboten. Nun hat der Redakteur der „Delnická Listy“ diese Verbote, deren Zahl über 15 gestiegen ist, gesammelt und hernach in einer Nummer dieses Blattes der Reihenfolge nach, ohne daß dazu eine Bemerkung beigefügt wäre, veröffentlicht. Die Folge davon war, daß dasselbe Loos auch diese Nummer getroffen hat, und zwar wegen „Gehen gegen die Behörden“. — Die Administration des Parteiorgans „Budoucnost“ hat eine Einladung zum Abonnement mittelst Plakaten in der Stadt angeschlagen lassen. Diese Plakate wurden rechtzeitig der Polizeibehörde vorgelegt und nachdem dieselbe in der Einladung nichts „Gefährliches“ oder „Staatsgefährliches“ vorgefunden hatte, wurden die Plakate an den Straßenecken Prags affixirt. Am Mittag waren aber alle Plakate verschwunden, denn die Polizei hat sich's überlegt und die betreffenden Plakate herunterreißen lassen. Nachmittags war in Prag von einer „Budoucnost“ keine Spur mehr — und Andraffy konnte wieder ruhig schlafen.

Vor einigen Monaten ist in Dresden eine in böhmischer Sprache verfaßte Broschüre unter dem Namen „Nash idea“ (Unsere Idee) erschienen, welche unter uns eine sehr gute Aufnahme gefunden hat und unter unseren Genossen in Böhmen, Mähren und Schlesien eingeschmuggelt wurde. Dieses unser „Treiben“ durfte aber dem wachsamem Auge der Polizei nicht verborgen bleiben, und so entfandte der Gerichtshof, nachdem er die Verbreitung der betreffenden Broschüre untersagt, eine gerichtliche Commission in die Redaktionen der „Budoucnost“ und „Delnická Listy“, um den Vorrath an Broschüren zu confisciren; aber diesmal hatten sich die Herren ungemein getäuscht, denn die ganze Colportage ging vom Druckorte Dresden aus.

Das ist ein treues Bild unserer Verhältnisse, und manche Leute erschrecken sich noch, von Freiheit zu sprechen. — nka.

Aus dem 17. sächsischen Wahlkreis (Glauchau-Meerane). Auf Grund von mehrfach stattgehabten Besprechungen der Vertrauensleute unseres Wahlkreises können wir berichten, daß die Organisation der Wahlagitiation rüthig vor sich geht. Es herrscht ebenso unter den älteren Genossen, wie unter den frisch aufgerückten Kräften der höchste Eifer und eine Festigkeit und Ruhe, die den Gegnern schweres Kopfzerbrechen verursacht. Weder die theilweise beliebte Lokalsperre, noch sonstige Einschüchterungsversuche können uns verhindern, für unseren Kandidaten W. Brack nachhaltig einzugreifen, wobei uns die öffentliche Stimmung wesentlich zu statten kommt. Je mehr die Gegner Schimpf und Verleumdung als einzige Waffe gegen uns führen, desto mehr werden die sonst unpolitischen Kreise vom Stel über solches Treiben erfüllt, was ganz rückhaltlos in Privatgesprächen wie an öffentlichen Orten geäußert wird. Der Wahltag wird beweisen, ob wir zu viel sagen, wenn wir erklären, noch nie hat uns der Liberalismus so vortrefflich in die Hände gearbeitet, als durch sein neuestes „Schreckenssystem“. Die Redensart von der „Hebung des Kleingewerks“ kennt der Weber ebenso genau, wie der Kleinbauer die Phrase von der „Schaffung eines lebensfähigen Bauernstandes“ längst als Fumerei kennen gelernt hat. Wie lange hat man nicht schon zu „heben“ und zu „schaffen“ gesucht? Und waren es denn nicht die herrschenden Parteien, die in ihren Wirtschaftssystemen all die erfolglosen Recepte verordnet und damit herumgedoktert haben? — „So kann es nicht weitergehen!“ Das hört man täglich hundertmal und in einem Athemzuge sagen, wenn von der neuesten Reactionscampagne die Rede ist. Noch schlechter als bisher kann es mit der Arbeit nicht mehr gehen, und wo es hinauswill, das erzählt uns ja die liberale Presse mit der Bedrohung jedes Berufs, dem Volke zu helfen. „So kann und soll es nicht weitergehen“, — das wird unser Wahlkreis am 30. Juli tausendstimmig in die Welt rufen! — Wir sind organisiert, Versammlungen abzuhalten, Flugblätter, Aufrufe, die Presse zu verbreiten, und weht man uns alles dies öffentlich zu thun, so besitzen wir eine tausendgliedrige Organisation, die von Haus zu Haus, von Stube zu Stube mit Wort und Schrift sich bewegt und um so wirkungsvoller ist. Guten Muthes und ruhigen Sinnes führen

wir unsere Sache und — gewiß auch zum Sieg. Man hat uns fester und enger aneinander gedrängt, und Alles wartet mit Ungeduld des Tages, an welchem das große arbeitende Volk in unserem Wahlkreise dem Liberalismus sein „Schuldig“ auf die Stirn brennen wird. Bis dahin grüßen wir unsere auswärtigen Genossen mit dem Nachwachtrauf des Seemanns, als Zeichen, daß wir an der Arbeit und guter Dinge sind: „All well!“ (Alles wohl! — Alles in Ordnung!)

Aus dem 19. sächsischen Wahlkreise. Die Organisation zum bevorstehenden Wahlkampfe für Parteigenossen Lieblnecht ist bereits in gutem Gange. Eine Anzahl von Besprechungen der Vertrauensleute aus den meisten größeren und kleineren Orten hat stattgefunden. Die Berichte über die Stimmung im Wahlkreise lauten ohne Ausnahme gut. Nicht nur unsere alten Wähler-schaften werden am 30. Juli das Tribunal bilden, welches den Schimpf, den Hohn und die feigen Verleumdungen gegen unsere Partei geizend richten wird, sondern es werden auch nach Allem, was in der öffentlichen Meinung verlaublich, neue Kräfte aus den Reihen der Kleinbürger, Bauern- und Arbeiter-schaft eintreten. Man begreift allseits, daß das dunkle Volk der Reaction nicht bloß den Sozialismus, sondern selbst die letzten Scheinreste der Volksherrschaft treffen soll. Der unheimliche Alp, welcher Handel, Gewerbe und Ackerbau bei uns jetzt noch mehr drückt als sonst, und der das ganze öffentliche Leben im Bann hält, wird am 30. Juli in einem sozialistischen Wahlsiege eine wohlthätige Unterbrechung finden, und der stille Groll aller anständigen Leute über das feige und schmutzige Gebahren der gegnerischen Presse und ihrer Zubringer wird in der Wahl Lieblnechts zum Ausdruck gelangen und keinen Zweifel mehr übrig lassen, wie man in unserem Wahlkreise über die Volksrechte und ihre Unverletzlichkeit denkt.

Was man auch gegnerischerseits von hier aus erzählen mag, es steht fest, daß die große „Hejzagd gegen die Sozialen“ auch hier nur von den versorgungslüchtigen Herrschaften ausgeht, hinter denen der Geldsack seinen Druck ausübt. Pfarrer, Schulmeister und mittlere Beamte zeichnen sich natürlich vor Allen aus, sich als „tapfere“ Pfändenhüter zu zeigen, nachdem man unserer Partei den Knebel in den Mund gepreßt, sie so zu sagen vogelfrei erklärt, unsere Organisation unterbunden, vernichtet glaubt, wirft man sich schimpfend in die Brust, gründet „patriotische Vereine“, wie die Herren Pfarrer Steininger und Schuldirector Meier aus Böhmiz, und läßt in der Presse den Tam-Tam schlagen. Eine billige Tapferkeit das! Wir kennen diese Taktik schon von lange her. Damit wird man uns nimmer schlagen. Unsere Organisation ist unzerstörbar, sie beruht in unseren Grundfragen und wird sich dieser Kampfweise gegenüber mehr bewähren als je.

Man sucht uns das Versammlungsrecht zu schmälern, zu verkümmern, hier eine kleine Probe von den sauberen Mitteln, welche die Presse dazu anwendet, aus Nr. 72 der „Erzgebirgischen Zeitung“, einem Sammelorte verschiedener Berliner Wählerzettel und anderer „Geheimmittel“. Dieses Blättchen schreibt:

„Böhmiz, 20. Juli. In der Stadt geht das Gerücht herum, daß in den nächsten Tagen eine sozialdemokratische Versammlung in hiesiger Stadt abgehalten werden sollte. Nach den schrecklichen Vorgängen der letzten Wochen, für die selbst der mildestenkende Politiker die Sozialdemokratie verantwortlich machen muß! Können wir nicht anders, als unser Erstaunen darüber ausdrücken, daß in unserer Stadt ein Gastwirth so pflichtvergessen und ehrlos sein sollte, sein Lokal für eine derartige Versammlung abzugeben. Sollte sich aber wider Erwarten in der That Jemand finden, so muß es Sache eines jeden gutgesinnten und anständigen Bürgers sein, ein derartiges Lokal stets zu meiden, gleichwie eine verpestete Höhle!“

Pflichtvergessen und ehrlos sind also Gastwirthe, welche uns aufnehmen, „verpestete Höhlen“ die Lokale, in denen wir verkehren!? Ist das nicht die schönste Acht- und Berrufserklärung? Wäre da nicht ein fetter Bissen für den Staatsanwalt, wenn er ihn zu finden die Geneigtheit hätte?!

Und trotz dieses Bannfluchs der „gutgesinnten“ und „anständigen“ „Erzgebirgischen Zeitung“ finden sich hier noch Gastwirthe, denen unser Geld auch kein Blech ist.

Unsere Organisation ist übrigens so sicher und beweglich, daß wir ebenso viele Agitatoren als Genossen zählen. Wir brauchen das Wirthshaus nicht, denn Werkstatt, Privatwohnung, Spazierweg, der dunkle Schacht sind uns Raum genug zu unserer Arbeit, die Wähler zu sammeln und unsere Lehren weiterzutragen. Alle Borarbeiten sind gethan, unsere Vertrauensleute gewonnen. Werden Versammlungen möglich, so kämpfen wir dort, ebenso arbeiten unsere Presse und unsere Flugblätter, und will man uns diese auch unmöglich machen — gut — dann sind wir so organisiert, daß wir von Mund zu Mund, von Stube zu Stube, allem Drängen und Drücken, allem Schnüffeln und Hehen den Damm entgegenstellen.

Nie war der Geist in unseren Reihen ein besserer, nie der Wille ein einheitlicherer, als zu dieser Campagne, die mit unserem Siege endet muß. Also, Genossen, auf die wohlvertheilten Posten! Befolgt Alles genau, wie vereinbart ist!

Königsberg, 27. Juni. Heute Morgen wurde auf Befehl der Hamburger Staatsanwaltschaft bei dem Unterzeichneten eine gründliche Hausungung vorgenommen. Der Zweck derselben war, die Mitgliederliste Derjenigen zu erlangen, welche zu der in London zu Gunsten der nach Neu-Caledonien Deportirten veranstalteten allgemeinen Verloosung, Loose genommen haben. Wie es mir schien, wird man den deutschen Loosinhabern wegen Spielens in ausländischen Lotterien den Prozeß machen. Zunächst galt allerdings die Hausungung dem nunmehr zur Ruhe gelangten Genossen Karl Just, resp. seinen noch hier befindlichen Papieren. Als man jedoch weiter nichts fand, als ein Loos, welches natürlich mit Beschlagnahme belegt wurde, mußte ich zunächst dem Herrn Criminalinspektor Hirsch meine bei mir getragenen Papiere, Briefstasche ic. ic., zur Durchsicht vorlegen. In einem erst heute Morgen vom Parteigenossen Müller aus Braunschweig erhaltenen Privatbriefe kam das Wort „la commune“ vor, worüber sich Herr Hirsch eine Erklärung erbat. Und als ihm diese insofern zu Theil wurde, daß „Mademoiselle la commune“ keineswegs mit jenen „Schrecklichen“ von 1871, sondern mit einer jungen Dame in Braunschweig zu identifiziren sei, hatte sich der Herr Hirsch so weit beruhigt, daß er mir den Brief zurückgab. Auf die Durchsicht weiterer Privatbriefe verzichtete der Herr Criminalinspektor, nachdem ich dem Herrn erklärt hatte, daß sie nur Privatfachen enthielten. Sonst wurden meine sämmtlichen Effecten durchsucht: Zeitungen, Broschüren, selbst die Geschäftsbücher der Expedition wurden einer strengen Durchsicht unterworfen. Das Resultat der Hausungung außer obengenannten Loose war Nr. 120, Jahrg. 1877 vom „Vorwärts“ und ein Exemplar des „Armen Conrab“ Jahrg. 1877.

Braunschweig, 27. Juni. Der heutige „Volkfreund“ schreibt — und es ist dies auch für viele andere Orte beherzigenswerth: In vielen Wirthschaften werden von einer kleinen Anzahl Leute

die Wirth gegen die Sozialdemokraten verkehrt. Es kommt vielfach vor, daß einzelne Personen in ein Lokal kommen, in welchem sie sonst gewöhnlich nicht verkehren, den Wirth zur Rede stellen, wie er den „Volksfreund“ halten könne und mit dem Richtwiderkommen drohen. Laßt sich nun der Wirth eines Lokals, in welchem hauptsächlich Gegner verkehren, einschüchtern, oder glaubt er einer patriotischen Pflicht zu genügen, indem er den „Volksfreund“ nicht auflegt, nun, so lächeln wir über die Bornirtheit. Anders aber ist es, wenn in Lokalen, die fast nur durch Sozialdemokraten und deren Freunde existiren, der Wirth sich durch ein paar Gedenkterroristen läßt. In allen Lokalen, in welchen Arbeiter verkehren, herrscht die größte Humanität und Toleranz, selbst gegenüber Leuten, welche, ohne daß an ihnen selbst viel daran ist, von oben herab über die Arbeiter und Sozialdemokraten abzusprechen lieben. Man sucht sie höchstens in aller Ruhe zurechtzuweisen, und die Freiheit der Diskussion ist nirgends mehr wie in solchen Lokalen gewahrt. Wenn nun der Wirth solcher Lokale sich aber von ein paar Personen terrorisiren läßt, nun, so ruft er von selbst Repressalien hervor. Wir kennen Lokale, in welchen die liberalen Nachbarn selbst nur deshalb verkehren, weil sie dort angenehme und anregende Unterhaltung gerade im Verkehre mit sozialdemokratischen Arbeitern und Bürgern finden. Laßt sich der Wirth nun durch Einzelne gegen diese verkehren, dann kann er es in Kurzem erleben, daß gerade sein Lokal das erste sei, welches von beiden Seiten ausgegeben wird.

Wir empfehlen allen Genossen und Freunden, wie überhaupt Allen, welchen darum zu thun ist, daß nicht eine kleine Schaar, oft aus bloßem Mitleid, die Wirth terrorisirt, oder welche nicht wollen, daß der Wirth sich einbildet, die Gäste zwangsmäßig zu können, überall, wo sie hinkommen, den „Volksfreund“ zu verlangen. In vielen Fällen thun sie dem Wirth sogar einen Gefallen. Wir haben Lokale, in welchen zu verschiedenen Tagesstunden das verschiedenste Publikum verkehrt, und der Wirth ist eine wahre Kammerperson, weil er nicht weiß, was er thun und lassen soll, um nicht einen Theil seiner Gäste zu verlieren. Er giebt nach, wo die größte PreSSION geübt wird.

Wir und unsere Genossen üben nun keine PreSSION, und wenn nun der Wirth eine Reihe gegnerischer Blätter hält, so stellen wir höchstens — leider ist dieses bisher nur im geringsten Maße geschehen — das Ersuchen, ein und das andere unserer Blätter auch zu halten, ein gewiß billiges Verlangen der Majorität, daß wo der Wirth vielleicht 15 Thaler für das Bedürfnis einer Minorität ausgiebt, auch 4 bis 5 aus Rücksicht für die Majorität auszugeben. Ja, wir haben nichts dagegen, wenn der Wirth alle möglichen gegnerischen Blätter hält; ein anderes aber ist es, wenn in Lokalen, wo zum größten Theile unsere Leute verkehren, der Wirth in offenkundiger Weise unsere Blätter in die Acht erklärt. Das ist eine Beleidigung unserer Genossen, ein Schlag, der ihnen ins Gesicht verkehrt wird, den sie sich nicht gefallen zu lassen brauchen.

Unser Blatt ist wenig dadurch getroffen, daß kaum 30 Personen, darunter fast lauter Wirth, dasselbe abbestellen, haben wir doch in wenigen Tagen 500 neue Abonnenten gewonnen, aber unsere Freunde und Genossen wollen dort, wo sie verkehren, sich nicht die Achtung und Rücksicht seitens des Wirths versagen lassen, die sie zu beanspruchen haben.

Wer eines der von uns gekennzeichneten Lokale besucht, der verlange zunächst den „Volksfreund“. Er dulde nicht, daß ein paar Leute sich herausnehmen, in einem Lokale, in welchem fast nur Sozialdemokraten verkehren, oder in welchem sonst der freundschaftlichste Verkehre ohne Unterschied politischer Parteilichkeit herrscht, den Wirth zu terrorisiren.

Viele Wirth werden es uns sogar Dank wissen, wenn demgemäß aufgetreten wird. Wenn in einem Lokale der Wirth freiwillig oder gezwungen Parteilichkeit einnimmt, so mag er sich die Folgen gefallen lassen.

Antonienhütte, 16. Juni. Wie geht überall, so ist auch hier die Sozialistenbegeisterung inscenirt worden. Ich bin seit anderthalb Jahren hier an der Bahn beschäftigt gewesen und habe da, soviel als in meinen Kräften stand, für Ausbreitung der sozialistischen Ideen unter den Arbeitern gewirkt, und deshalb ergiebt sich jetzt der ganze Haß und Groll der Gegner über mich. Der Bahnmeister, bei dem ich arbeitete, machte Befehlungsveruche mit mir und muthete mir zu, eine Erklärung zu unterschreiben des Inhalts, daß ich mich von der Sozialdemokratie losjage und nun vielmehr gegen dieselbe agitiren würde. Da ich nicht zu befehlen war, so suchte der Mann mir Angst zu machen, indem er meinte, ich würde noch im Luchthaus enden und meine Familie in Unglück und Schande bringen. Der Herr Bahnmeister wollte sodann als Grund der Entlassung auf dem Altst angeben, daß ich sozialistischer Agitator sei; ich habe dasselbe natürlich nicht angenommen. — Mehr als je bin ich aber jetzt entschlossen, einzutreten für die Sozialdemokratie trotz aller Verfolgungen. Es lebe die Sozialdemokratie! J. W.

— **Frankfurt a. M., 17. Juni.** Noch mehr als Hodel hat Nobiling die Sturmvoegel der Reaktion zu einem kühnen Fluge aufgeschwungen. Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich der Prügelknabe, auf den unsere Liberalen und Conservativen zwar „mit vereinten Kräften“, aber doch jeder nach seiner Art losgehen. Citate aus dem Schimpfkränze unserer ur-liberalen und ditto reichstirenen „Neuen Frankfurter Presse“ zu machen, oder den von ihr verübten Blödsinn mit und ohne Methode theilweise zu registriren, das will ich unterlassen. Der hiesige „Volksfreund“ hat diesem Pöbelorgan in verschiedenen Artikeln derb auf die unreinen Finger geklopft. Wenn ich mich nicht täusche, findet sich als Entschuldigung dafür, daß all' diesen moralischen Peitschenhieben ein tiefes Schweigen entgegengesetzt wurde, im Briefkasten des Frankfurter Fischweibes (2. Blatt vom 9. Juni) ganz verdeckt eine nach „hier“ adressirte (wohl fingirte) Notiz folgenden Inhalts: „Das Klaffen des kleinen Dächels kennen wir auswendig; die Bodenbeeren scheinen dieses Jahr nicht zu gerathen, weil die Gründe selbst dem sonst allezeit fertigen Dialektiker fehlen.“ — Au! au! Herr Dr. Moldenhauer! Zeichen wir diesen Mann gleich mit ein paar Federstrichen: Zu einer am zweiten Pfingsttage stattgehabten Volksversammlung (von den Sozialisten ausgehend) war mit Pomp in der „R. Fr.“ das Erscheinen der Liberalen angekündigt. Es kam auch richtig Herr Dr. Moldenhauer, hörte sich das Referat Frohne's bis kurz vor Beendigung an, um alsdann zu verduften, denn: „Es ist zu heiß!“ Es wird ihm freilich etwas „heiß“ geworden sein, dem Herrn Doktor! Denn in einem Blatte ungekräft schimpfen und direkt vor seinen Gegnern Rede und Antwort stehen — das ist bekanntlich zweierlei! Doch genug von diesem — Ehrenmann! Lassen wir ihn laufen! — Das hiesige ur-conservative Organ, das freilich in Frankfurt selbst gar keine Rolle spielt, verdient nur deswegen einige Aufmerksamkeit, weil wir daraus sehen können, wie gerade diese Leute, die so sehr mit Frommigkeit und Tugend um sich werfen, denken und wie sie handeln würden, wenn sie — ja wenn sie — sie sind zwar sehr mit dem Schleifen ihrer rostigen und schartigen Senjen beschäftigt, um von dem nun äppig blühenden Weizen

den Löwenantheil einzubeissen. Thun wir unsere Schuldigkeit und harren wir getroßt der Dinge, die da kommen werden und kommen müssen! Eine ganz kleine Blumenlese aus den zahlreichen und ellenlangen Attentats-Blößen der „Deutschen Reichs-Post“, deren „Moral“ freilich immer die gleiche ist: Ein Stuttgarter Correspondent wirft die vielen Personen, die wegen Verbrechen des Attentats verhaftet worden sind, alle unter die Sozialdemokraten. Ueber den Vorschlag der Errichtung einer Sozial-Kirche schreibt ein Karlsruhe: „Aber in einem Augenblicke, wo eine schwefelgelbe Bande von Nordbreitern sich rüftet, alle Kirchen und Paläste zu zerstören, sollten wir doch wohl dringendere Sorgen haben, als Geld zu Kirchenbauten zu sammeln“ etc. Ein Wiesener malt die Gefahr vor, die von einer „verwegenen Umsturzpartei“ in unserer Mitte unserem Vaterlande droht. Das Alles und noch mehr in einer Nummer! In einer Correspondenz aus Baden wird von „Nordgesindel“ geredet. Wie sich aus dem Inhalte ergibt, sind für den Verfasser (und auch für die „Reichs-Post“, da die Redaktion keinerlei Bemerkung hierzu macht) „Nordgesindel“ und jene hunderttausende von ehrlichen und fleißigen Männern, die sozialdemokratische Gesinnung sind, gleichlautende Begriffe. Aus der bayerischen Pfalz weint Einer zwar zahllose Thränen, kann aber doch nicht umhin, inmitten der Reaktionswüste folgende grüne Insel aufzuweisen zu lassen: „Wer nicht Gelegenheit hat, in die Tiefen des Volkslebens zu schauen, ahnt gar nicht, wie tief die sozialdemokratischen Ideen in unser Volk eingebrungen sind, hier neue Saamenkörner streuend, dort alte aus dem Schummer wachend“ etc. Nun, so lange es noch Menschen giebt, welche logisch zu denken vermögen, so lange giebt es auch noch Sozialdemokraten. Freilich giebt man sich jetzt, hat man sich von jeher und wird man sich auch ferner noch die größtmögliche Mühe geben, den Leuten das Denken, das fatale Denken abzugewöhnen — mögen sie lieber etwas — Geschickeres treiben! — Ein hiesiger 15-jähriger Gymnasiast, Sohn eines Doktors, erhielt wegen Majestätsbeleidigung zwei Monate Festung zudiktirt. Das beantragte „Gesängnis“ wurde in „Festung“ umgewandelt, damit der Junge nicht in schlechter Gesellschaft verborsten werde! Dieser Grund ist gewiß nicht übel, aber übel ist es, daß man nicht immer derartige Rücksichten übt. — Ein hiesiger, in Hessen reisender Buchhändler wurde wegen Majestätsbeleidigung verhaftet. Bei einer vorgekommenen Suche fand man bei ihm — o wie jammerlich! — weder was Complottisches, noch etwas halbwegs Sozialdemokratisches, sondern nur — Romane! Mit dem Ausdruck meines großen Bedauerns über diesen kleinen, von einem gutgesinnungs-widrigen Schicksal verübten Streich will ich schließen.

Leipzig, 30. Juni. Nachdem sich das Central-Wahlkomitee für den 10., 11., 12. und 14. sächs. Wahlkreis konstituiert, hat man folgende Grundsätze aufgestellt, nach welchen die ganze Agitation geleitet werden soll und welche Fragen zu beantworten wir diejenigen Genossen bitten, die den resp. Konferenzen nicht beiwohnen konnten. Dieselben lauten:

- 1) Befehlt bei Ihnen ein Lokal-Wahlkomitee? Wer leitet dasselbe (Adresse des Vorsitzenden)? Oder: mit Wem haben wir ständig zu verkehren?
- 2) Sind Wählerversammlungen bei Ihnen möglich? Stehen Ihnen Lokale zu solchen zur Verfügung?
- 3) Wie viel würden Sie Wahlauftrufe und Stimmzettel bedürfen zur Verbreitung in Ihrem Orte und Umkreise?
- 4) Können Sie das Austragen von Wahlauftrufen und Stimmzetteln selbst besorgen lassen, oder müssen wir Leute dazu hinschicken?
- 5) Wenn Sie das Austragen selbst besorgen können, brauchen Sie Geld zur Bezahlung der Leute? Wie viel pro Tag und Mann?
- 6) Haben Sie überhaupt Geldmittel zur Verfügung? Hoffen Sie das nöthige Geld zur Orts-Agitation selbst zu beschaffen?
- 7) Wollen Sie uns beständig Mittheilungen zugehen lassen in Betreff des Fortganges der Wahlagitation, über etwaiges Vorgehen der Gegner u. s. w.?
- 8) Welches sozialistische Blatt wird bei Ihnen am meisten gelesen?
- 9) Wie heißt das gegnerische Blatt? Wollen Sie uns dasselbe regelmäßig unter Kreuzband während der Wahlagitation zusenden?
- 10) Haben Sie Leute zur Ueberwachung der Wahlhandlung selbst am Wahltag?

Alle Aufschriften für das Komitee sind zur schnelleren Erledigung an den Genossen C. Lientz, Leipzig, Färberstraße 12 zu richten; durch denselben sind auch Sammelleisten zum Wahlsond zu beziehen. Gelder zum Wahlsond u. s. w. sind aber nur an den Kassirer, F. Cderlein, Leipzig, Weißstraße 37 zu senden.

Leipzig, den 29. Juni. Unser alter Parteigenosse, der bisherige Reichstagsabgeordnete Demmler hat an das sozialdemokratische Wahlkomitee des 13. sächsischen Wahlkreises (Leipzig-Land) folgenden Brief geschrieben, der am letzten Sonntag in 10,000 Exemplaren unter den Wählern verbreitet worden ist: „An meine lieben Wähler des 13. sächsischen Wahlkreises. Geheute Gesinnungsgenossen! Am 10. Januar 1877 haben die sozialdemokratischen Wähler Ihres Wahlkreises mit seltener Einmütigkeit zusammengestanden und haben mir mit 9420 Stimmen das für jeden deutschen Bürger höchste Ehrenamt, ein Reichstagsmandat, verliehen, wofür ich seiner Zeit allen meinen Wählern meinen herzlichsten Dank ausgesprochen habe und auch heute denselben mit gleicher Anhänglichkeit Ihnen Allen wiederhole. Jetzt ist die Legislaturperiode, für welche ich gewählt worden bin, durch die von den Bundesregierungen beschlossene Auflösung des Reichstages abgetroffen und wir stehen in allerhöchster Zeit vor neuen Wahlen und da muß an die sozialdemokratischen Wähler des 13. Wahlkreises die Frage herantreten: Wen wählen wir für die bevorstehende Legislaturperiode? Ob ich durch mein Verhalten während der beiden letzten Sessionen des Reichstages, ob ich durch die geringe wirksame Thätigkeit, die ich bei der Organisation der verschiedenen Parteien habe entfalten können, das Vertrauen meiner Wähler verdient, mir dasselbe also erhalten habe, darüber haben Sie zu entscheiden. Ich darf nur versichern, daß ich in keiner Sitzung beider Sessionen gefehlt, und treu wie gewöhnlich zu meinen Reichstagscollegen der sozialdemokratischen Partei gehalten und mit ihnen gestimmt habe. Sollte ich nun mit diesem meinen beschriebenen Wirken dennoch meinen lieben Wählern genügt haben und Sie darauf mir auch für die bevorstehende Legislaturperiode ein gleiches Mandat wieder übertragen wollen, so muß ich schon jetzt zu meinem tiefem Bedauern das Bekenntnis abgeben, daß ich ein neues Reichstagsmandat, so höchst ehrenvoll dasselbe auch wäre und so sehr es mich zum aufrichtigen Danke verpflichten würde, dennoch theils aus persönlichen, theils aus anderen Gründen nicht annehmen könnte, und folglich zu meinem Bedauern die Bitte aussprechen muß: — „von meiner Wiederwahl absehen zu wollen.“ Diesen Entschluß, kein ferneres Mandat bei einer neuen Legislaturperiode

wieder anzunehmen, habe ich schon gleich in der ersten Session nicht nur gegen alle meine Parteigenossen im Reichstag, sondern auch anderweitig ausgesprochen, wie allgemein bekannt ist.

Im 74. Lebensjahre, worin ich mich befinde, hat man nicht mehr die Spannkraft, um die vielfachen, an den Reichstag herantretenden Gesetzesvorlagen mit dem dazu gehörenden umfangreichen Material folgen und sie sachgemäß und eingehend prüfen zu können, wie dies doch nothwendig ist, wenn man seine Stimme abgeben soll.

Dann aber, meine theuren Wähler und Parteigenossen, regen mich in meinem vorgerückten Lebensalter die höchst ungerechten, unverdienten und planmäßigen Schmähungen, denen die Sozialdemokratie ausgesetzt ist, derartig auf, daß ich dadurch schon nachtheiliger an meiner Gesundheit erlitten habe. Kommen dann noch persönliche Injulten oder Kränkungen hinzu, wie ich denselben in den letzten Tagen ausgelegt war, so wird man es mir Niemand verargen können, wenn ich den Wunsch bezg. die ferneren Jahre meines Lebens thunlichst ohne politische Erregung zu beschließen.

Das Fundament unserer Ziele besteht nun einmal in unseren Bestrebungen, die Lage unserer ärmeren Mitmenschen zu verbessern und staatliche Heilmittel zur Vinderung und möglichen Beseitigung des menschlichen Elends zu finden. Allein schon Börne sagte:

„Daß der Reichtum das Herz schneller hart mache, als loderndes Wasser ein Ei.“

Da nun einmal unsere Gegner, wenn auch nicht alle mit Reichthümern gesegnet, doch nicht zu der darübenden leidenden Menschheit gehören, so werden den Sozialdemokraten auch fernere Verfolgungen, Anfeindungen und Berunglimpfungen nicht erspart bleiben. — Es ist diese Erfahrung freilich sehr betrübend, weil sie die traurige Thatsache feststellt, daß viele unserer Gegner den Ursprung und das eigentliche Wesen unserer sozialdemokratischen Grundsätze fortwährend verkennen oder verkennen wollen, während sie bei einer vorurtheilsfreien Prüfung, bei Jura-Drängung eines egoistischen Parteidunkels sich doch sagen müssen, daß diese Grundsätze der wahren Humanität entspringen, daß sie veredelnd und bildend derjenigen Menschheit dienbar werden sollen, die nicht an den Brästen des Glücks gesüßigt wurden, daß sie aber auch neben diesen ethischen Aufgaben den praktischen Zweck verfolgen soll: Die gesellschaftliche Arbeit in richtige vernunftgemäße Bahnen hinüber zu führen, damit nicht zwei Drittel der Gesellschaft fernerhin noch in thätigster Leibeigenschaft dem internationalen Kapital dienbar verbleiben.

Mit den besten Grüßen und anhänglichen Gesinnungen der Ihrige, G. A. Demmler. Schwerin i. M., 12. Juni 1878.

Briefkasten

der Expedition. Dr. Fähr in Garm: Wenn Ihnen die dortige Post eine Nr. des Blattes nicht am Erscheinungstage zugestellt, so reklamiren Sie diese Nr. sofort bei der betr. Postexpedition. Für diese Reklamation, sowie für die fehlende Nummer selbst darf die Post keinerlei Gebühren erheben. Wenn Sie aber bereits frühere Nummern nicht erhalten oder auch nicht reklamirt haben, von der Post nachgeliefert bekommen wollen, so müssen Sie Reklamationen schreiben und den Preis der Einzelnummer bezahlen, da vorausgesetzt wird, daß Sie die betr. Nr. erhalten, dieselbe Ihnen aber irgenwie zu Verlust gegangen ist.

Caritz, Rühlh. Bonghad Ab. 3.20. Rhr. Rannheim Ab. 100.00. Ggr. hier Ab. 8.25. Bch. hier Ab. 20.00. Bhr. London Ab. 4.00. Rhr. Frankfurt Ab. 50.00. Bgr. Sehen Ab. 7.90. Bgr. Rausch Ab. 3.00. Bhr. Anna Ab. 8.65. Bhr. Schwab. Münd. Ab. 6.00. Rhr. Darmstadt Schr. 35.00. Ghr. Vindenan Ab. 1.80. Schr. 0.65. Bhr. Sonneberg Ab. 6.70. Bhr. Darmstadt Schr. 10.50. Bhr. Bodenheim Ab. 4.20. Rhr. Jngolstadt Ab. 3.00. Bhr. Königsberg Schr. 63.20. Rhr. Wittenburg Ab. 3.47. Rhr. Berlin Ab. 4.70. Rhr. Wien Ab. 18.54. Rhr. Breslau Ann. 1.20. Rhr. S. Francisco Ab. 83.79. Rhr. Altona Ab. 45.00. Bhr. Gelsenkirchen Ab. 16.00. Rhr. Königsberg Schr. 1.50. Rhr. Gisingerode Schr. 1.90. Rhr. Rannheim Schr. 3.00. Rhr. Lunden Schr. 6.00. Rhr. Gießen Schr. 2.40. Bhr. Lössau Schr. 1.50. Rhr. Hamburg Schr. 0.75. Bhr. Delitzsch Ab. 1.20. Rhr. Hammerhütte Ab. 1.00. Rhr. Mainz Schr. 13.00. Rhr. Reiderich Schr. 4.33. Rhr. Düsseldorf Schr. 3.50. Rhr. Wien Schr. 5.00. Rhr. Gelsenkirchen Schr. 2.50. Rhr. Lubeck Schr. 1.40. Rhr. Spremberg Schr. 2.65. Rhr. Danzig Schr. 7.40. Bhr. Ueberlingen Schr. 2.50. Rhr. Sprung Rhen Ab. 1.90. Rhr. Ludwigsfeld Ab. 1.50. Rhr. Deuben Schr. 4.50. Rhr. Regensburg Schr. 2.00. Rhr. Rachen Schr. 5.50. Rhr. Rannheim Schr. 5.00. Rhr. Frankfurt Schr. 1.20. Rhr. Lüneburg Schr. 7.50. Rhr. Dohme Schr. 1.50. Rhr. Mainz Schr. 4.20. Rhr. Braunschweig Schr. 2.80. Rhr. Berlin Schr. 0.70. Rhr. Langst Schr. 0.90. Rhr. Konstanz Schr. 1.50. Rhr. Greiz Schr. 6.00. Rhr. Pöppeln Schr. 2.60. Rhr. Bamberg Schr. 2.50. Rhr. Verden Schr. 0.85. Rhr. Kufsa Schr. 2.00. Rhr. Magdeburg Ab. 1.00. Rhr. Rannheim Schr. 3.30.

Wahlfonds.

Von Bldrg. Königsberg 36.80; Rhr. w. 0.50; Liste 898 d. B. 2.25.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Die Mitglieder-Versammlungen finden von jetzt an, jeden Sonnabend, Abends 8 1/2 Uhr, im Ballhofsaal statt. Sonnabend, den 3. Juli, Tagesordnung: Vorlesung und Beschiedene. Der Vorstand. [50]

Hildesheim. Sozialdemokratischer Wahlverein. Jeden Montag, Abends bald 9 Uhr: Mitgliederversammlung (m) [0,50] wozu Jeder freien Zutritt hat.

Leipzig. Dissidentenbund für Leipzig u. Umgegend. Mittwoch, den 3. Juli, Abends 8 1/2 Uhr: Monatsversammlung bei Müller, Köppl. 9, im Trianon. Tagesordnung: Vortrag über sittliche und religiöse Erziehung. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet. D. S. [50]

Minden i. W. Sozialdemokratischer Wahlverein. Die hiesigen Mitglieder verklammern sich jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, bei Herrn Gastwirt, Thiel, Ritterstraße. (m) [0,40]

Ihre heute vollzogene eifrige Verbindung zeigen an: Heinrich Eisengarten, Anna Eisengarten geb. Schubert. Leipzig, den 29. Juni 1878. [1,20]

Zur Wahlbewegung! **Nieder mit den Sozialdemokraten!** Von W. Bracke. Bisherige Auflage 195,000 Exemplare!! Einzelne im Buchhandel 25 Pf., für Arbeitervereine 15 Pf. 100 Partien 10 Pf., 50 Stück 4 Pf., 200 Stück 2 Pf., 1000 Stück 50 Pf. Bei größeren Partien für die Wahlbewegung pro 1000 Stück 40 Pf. Gegen baar oder Postnachschuß. Braunschweig, 12. Juni 1878. W. Bracke Jr. [100]

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschafts-Verlagsdruckerei in Leipzig.